



Mitarbeiterbeteiligung ist keine Verstaatlichung

Pressemitteilung von Oskar Lafontaine, 18. September 2008

In scharfer Form hat Oskar Lafontaine Aussagen und Presseveröffentlichungen zurückgewiesen, die die Forderung der Linken nach umfassender Mitarbeiterbeteiligung als Verstaatlichungsforderung diffamiert haben. „Die breite Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmenseigentum ist angesichts wachsender Vermögen auf der einen und sinkender Reallöhne sowie zunehmender Verarmung auf der anderen Seite mehr denn je notwendig, um soziale Gerechtigkeit in Deutschland durchzusetzen.“ Der Vorsitzende der Fraktion die LINKE weiter:

„Das zunehmende Auseinanderdriften von Gewinn- sowie Vermögenseinkommen und Einkommen aus abhängiger Beschäftigung untergräbt bei der Mehrheit der Deutschen das Vertrauen in die jetzige Wirtschaftsordnung. Die ständige Enteignung von Arbeitnehmern, indem das von ihnen erarbeitete Unternehmensvermögen nur den Anteilseignern der Unternehmen zufällt, muss durch eine Mitarbeiterbeteiligung beendet werden. Obwohl diese Erkenntnis lange Zeit Bestandteil der Programme

aller Parteien war, hat sich seit Jahrzehnten nichts getan. Mit dem Ergebnis, dass sich bei großen Familiendynastien und ihren Erben leistungslos Milliardenvermögen angesammelt haben. Die Verteilung des Vermögens nach Leistung und nicht nach Geburt ist jedoch eine Voraussetzung für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft. Für DIE LINKE ist die Mitarbeitergesellschaft das Unternehmen der Zukunft.“